


30 Jahre Kinderrechtskonvention

Kinderrechte dürfen keine Träume bleiben



**Die Bedeutung der Advocacy-Arbeit
der Kindernothilfe und ihrer Partner-
organisationen für die Verwirklichung
von Kinderrechten**

 Jahre
Gemeinsam wirken

Impressum

Herausgeber:

Kindernothilfe e.V.
Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg

www.kindernothilfe.de

Kontakt:

Frank Mischo
Telefon: 0203.7789-129
E-Mail: Frank.Mischo@kindernothilfe.de

Redaktion:

Helene Adjouri, Andrea Fehr, Christine Idems, Frank Mischo,
Judy Müller-Goldenstedt und Magdalene Pac

Unter Mitarbeit von:

Frauke-Lisa Seidensticker und Benjamin Stachursky

Gestaltung und Illustrationen:

Nicola Koch

Vereinsregister und -nummer:

Amtsgericht Duisburg, Registernummer: 1336
Vereinssitz: Duisburg

Vertretungsberechtigte Personen:

Katrin Weidemann (CEO), Jürgen Borchardt (CFO)
und Carsten Montag (CPO)

USt-IdNr.:

DE 119554229

Spendenkonto Kindernothilfe:

Bank für Kirche und Diakonie eG (KD-Bank)
IBAN: DE92 3506 0190 0000 4545 40
BIC GENODED1DKD

Stand: November 2019

*Titelbild: Beteiligung von Kindern bei der Projektplanung
eines Kindernothilfe-Partners in Guatemala*

Inhalt

1. Vorwort	4
2. Einleitung	6
3. Relevanz und Entwicklung der Advocacy für Kinderrechte	8
4. Das Advocacy-Verständnis der Kindernothilfe	10
5. Zukunftsperspektiven für die Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe	14
6. Ausblick	24
7. Handlungsempfehlungen	28



1 Vorwort

Vor 30 Jahren wurde die Kinderrechtskonvention (KRK) verabschiedet und durch fast alle UN-Staaten (außer den USA) ratifiziert. In der Kinderrechtskonvention haben sich die Staaten zur Umsetzung von Kinderrechten verpflichtet und tatsächlich hat sich seit der Verabschiedung und Ratifizierung für viele Kinder Lebensentscheidendes verändert. Weltweit wurden zahlreiche Erfolge für Kinder und ihre Rechte erreicht. In vielen Ländern wurden beispielsweise staatliche Rechtsgrundlagen für Kinderrechte entwickelt und verbessert. Kinder haben besseren Zugang zu Justizsystemen. Und das Bewusstsein für Kinderrechte ist weltweit deutlich gestiegen, was sich auch an zusätzlichen Ausgaben für die Entwicklungschancen von Kindern in staatlichen Haushalten messen lässt. Heute geborene Kinder haben dadurch bessere Lebens- und Entwicklungschancen als jede Generation zuvor. Die Wahrscheinlichkeit, gesund und sicher aufzuwachsen und zur Schule gehen zu können, hat sich innerhalb von einer Generation seit der Verabschiedung der Kinderrechtskonvention in den meisten Regionen der Welt deutlich verbessert. Das Risiko, vor dem Erreichen des fünften Lebensjahrs zu sterben, hat sich weltweit halbiert, das Risiko, als Kind an einem gewaltsamen Tod zu sterben, sank um 20% und das Risiko, statt zur Schule zum Arbeiten zu gehen, ist um 70% in den letzten 30 Jahren gesunken.

In vielen Bereichen der Grundbedürfnisse von Kindern gab es spürbare Fortschritte:

> 92% aller Kinder haben Zugang zu Grundbildung (2018) – damit kann trotz zunehmender Weltbevölkerung die historisch größte Anzahl von Schulkindern eingeschult

werden. Die Bildungsausgaben pro Kopf haben sich in 30 Jahren um 20% erhöht.

> Erfolgreiche Armutsbekämpfung für Kinder wird durch den Rückgang der Anzahl arbeitender Kinder um 1/3 seit 1990 durch Schutzgesetze und bessere Lebensperspektiven der Familien deutlich.

Insgesamt wird Kinderrechten auf der politischen Agenda mehr Priorität eingeräumt und die Meinung von Kindern und Jugendlichen wird bei gesellschaftspolitischen Entscheidungen etwas mehr berücksichtigt. Dennoch bleibt die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen eine der größten Herausforderungen. Bis alle Kinder sich überhaupt über ihre Rechte informieren können und zu allem, was sie betrifft, miteinbezogen werden, ist noch ein weiter Weg. Indikator dafür ist, dass 340 Mio. Kinder (2018) von der digitalen Welt ausgeschlossen sind. Ohne diesen Zugang bleiben ihnen zukunftsorientierte Entwicklungs- und Beteiligungschancen verwehrt.

Die Weltgemeinschaft steht genauso wie alle Kinderrechtsorganisationen gemeinsam vor den großen Herausforderungen der globalen Zukunftstrends. Die Staaten haben sich den Kinderrechten und auch der für die Umsetzung von Kinderrechten bedeutsamen Agenda 2030 verpflichtet, weil hier ein Menschenrechtsansatz im Mittelpunkt steht und somit bei den verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, wie Kindern und Jugendlichen, angesetzt wird. Die Umsetzung beider staatlicher Verpflichtungen bleibt gefährdet – gerade weil viele Rahmenbedingungen durch die Entwicklungen wie

„Shrinking Space“, Klimawandel, zunehmende Ungleichheit und Gewalt, rasante Urbanisierung und demografische Entwicklungen negative Auswirkungen auf die Verwirklichung von Kinderrechten haben. So bedrohen Gewalt und Konflikte durch die Zerstörung von Entwicklungschancen für Kinder aktuell das Leben jedes vierten Kindes (250 Mio.), und rund 300 Millionen Kinder (2018) sind durch die rasante Urbanisierung in Slums Armut und Gewalt ausgesetzt.

Die Kindernothilfe stellt sich mit ihren Partnerorganisationen weltweit diesen Herausforderungen der Zukunft; unter anderem durch eine Advocacy-Konsultation, um gemeinsame Lösungen zu suchen und Advocacy-Initiativen für strukturelle

Veränderungen zu entwickeln. Bei der Untersuchung der zukünftigen Herausforderungen für Kinderrechtsorganisationen war das wichtigste Resultat: Vernetzte Advocacy-Arbeit für systematische und nachhaltige Verbesserungen der Strukturen zur Verwirklichung von Kinderrechten muss der Kern der zukünftigen Arbeit von Kinderrechtsorganisationen wie der Kindernothilfe werden.

Katrin Weidemann

Katrin Weidemann
Vorstandsvorsitzende der Kindernothilfe



Die Vorstandsvorsitzende der Kindernothilfe Katrin Weidemann bei einer politischen Aktion gegen Shrinking Space

2 Einleitung

Die Verwirklichung von Kinderrechten ist ein anspruchsvolles Vorhaben, das von Staaten und ihren jeweiligen Regierungen, die als Pflichtentragende die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention tragen, gesteuert und gewährleistet werden sollte. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie z. B. die Kindernothilfe und ihre Partnerorganisationen, spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie durch Advocacy-Arbeit Pflichtentragende dazu auffordern, ihrer Verantwortung bei der Umsetzung der KRK und der Verwirklichung von Kinderrechten nachzukommen. Daher ist die Advocacy-Arbeit seit über drei Jahrzehnten ein elementarer Bestandteil der Arbeit der Kindernothilfe und ihrer Partnerorganisationen.

Mit dieser Publikation möchte die Kindernothilfe ein Licht auf ihre Advocacy-Arbeit werfen und aufzeigen, wie diese heute und in Zukunft sinnvoll zur Wahrung von Kinderrechten beitragen kann. Ein wesentliches Merkmal der Kindernothilfe ist die Zusammenarbeit mit lokalen und unabhängigen Partnerorganisationen. Diese werden von den Länderstrukturen der Kindernothilfe vor Ort in der Implementierung der geförderten Projekte beraten und unterstützt¹. Um dabei nachhaltig Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Kinderrechte zu erreichen, ist die Advocacy-Arbeit zu einem elementaren Bestandteil der geförderten Projekte geworden, sodass die Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe sich mit jener der Partnerorganisationen immer mehr ergänzt. Die Darstellung der Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe wäre

daher ohne die Partnerperspektive nicht komplett. Aus diesem Grund fließen in diese Publikation die Perspektiven von 267 Partnerorganisationen der Kindernothilfe ein, die mittels einer Befragung im Jahr 2019 erhoben wurden und Einfluss nehmen auf die Zukunft der gemeinsamen Advocacy-Arbeit.

Ein Ziel dieser Publikation ist es auch, das Wissen um die Bedeutung und Wirksamkeit von Advocacy-Arbeit politischen Entscheidungstragenden zu vermitteln und diese zu mehr Engagement aufzurufen, mit der Kindernothilfe die nachhaltige Verwirklichung von Kinderrechten voranzutreiben.

In den folgenden Kapiteln wird zunächst die Relevanz von Advocacy-Arbeit für die Verwirklichung der Kinderrechte und der Umsetzung der KRK aufgezeigt. Konkret zeigen wir auch mit Hilfe von Beispielen auf, wie die Kindernothilfe und ihre Partnerorganisationen Advocacy im Rahmen ihres Engagements für Kinderrechte weltweit einsetzen. Wir möchten aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze in unserer Arbeit und der unserer Partner vorstellen. Zum dreißigjährigen Jubiläum der KRK richten wir den Blick aber auch nach vorn und möchten erreichen, dass diese Veröffentlichung zu einem besseren Verständnis künftiger Advocacy-Arbeit für Kinderrechte weltweit beiträgt.

¹Die Strukturen der Kindernothilfe in den Partnerländern bestehen aus Länderbüros oder Länderkoordinator*innen und aus Ansprechpersonen für mehrere Länder bzw. einzelne Regionen.



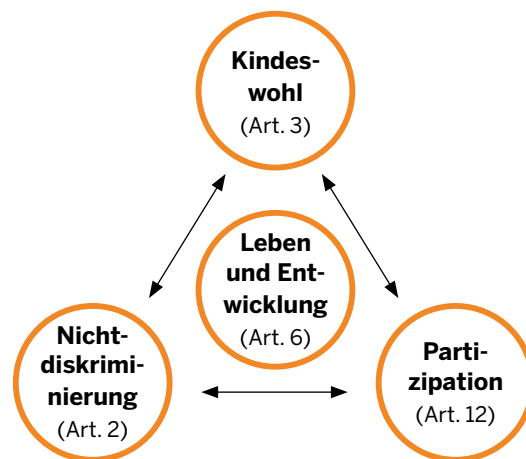
Übergabe einer Petition im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Forderungen von Jugendlichen zu sicheren Städten für Kinder weltweit

3 Relevanz und Entwicklung der Advocacy für Kinderrechte

Zwar wurde die KRK von fast allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (VN) ratifiziert, dennoch sind Kinderrechte nur selten eine Priorität auf der Agenda politischer Entscheidungsträger*innen. Im Artikel 4 der KRK heißt es jedoch: „Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten derartige Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.“

Die Ratifizierung der KRK geht demnach mit der Verpflichtung einher, dass sie in die nationale Gesetzgebung einfließt. Doch finden die vier Grundprinzipien: „Das Kindeswohl hat Vorrang“ (Art. 3), „Recht auf Leben und persönliche Entwicklung“ (Art. 6), „Recht auf Gleichbehandlung“ (Art. 2) und „Achtung vor der Meinung und dem Willen des Kindes“ (Art. 12) in den Vertragsstaaten nach wie vor zu selten Anwendung und sind vielen Pflichtentragenden oftmals unbekannt. Trotz der eingegangenen Verpflichtungen ignorieren viele Regierungen Kinderrechte und Kinderrechtsverletzungen und kommen ihren Verpflichtungen nicht nach. Die Vertragsstaaten haben sich zudem zu einer aktiven Mitwirkung an dem Überprüfungsprozess dieser Umsetzung durch den Ausschuss für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen verpflichtet.

Um Kinderrechte nachhaltig zu verwirklichen, sind tiefgreifende gesellschaftliche und politische Anstrengungen notwendig. Staaten als Pflichttragende werden dabei durch zivilgesellschaftliche Akteure zum einen bei der Verwirklichung von Kinderrechten durch programmatische kinderrechtsbasierte Arbeit unterstützt, zum anderen aber auch an ihre Pflichten erinnert und zur Rechenschaft gezogen. Hierbei sind es auch Kinder, die dies übernehmen, z.B. die Vereinigung von arbeitenden Kindern oder FridaysforFuture. So führen die Kindernothilfe und ihre Partnerorganisationen nicht nur Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Beteiligung von Kindern durch, sondern befassen sich auch darüber hinaus – und das ist für die nachhaltige Verwirklichung von Kinderrechten entscheidend – mit den Rahmenbedingungen, die die Verwirklichung von Kinderrechten bestimmen. Dabei ist die Beteiligung der Kinder selbst von



zentraler Bedeutung. All das erfordert in der Regel ein Engagement auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene, z.B. auf Ebene der Vereinten Nationen, um auf politische Entscheidungen und Gesetzesveränderungen zu Gunsten von Kindern hinzuwirken. Das erklärte Ziel dabei ist, die strukturellen Ursachen von Kinderrechtsverletzungen zu erkennen und nachhaltig zu beseitigen.

Im Hinblick auf die Rolle, die die Zivilgesellschaft bei der Verwirklichung von Kinderrechten spielt, ist es das Ziel der Kindernothilfe, dass sowohl die Programm- und Projektarbeit als auch die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zur Verwirklichung von Kinderrechten beitragen und somit in allen Arbeitsbereichen kinderrechtliche Prinzipien gewahrt werden. Dabei ist Advocacy-Arbeit untrennbar mit einer konsequenten Durchführung kinderrechtsbasierter Arbeit verbunden: Advocacy-Arbeit stellt eine der wesentlichen Möglichkeiten dar, Pflichtenträgende in einem konstruktiv-kooperativen Dialog an ihre Verantwortung zu erinnern, und zwar zusammen mit den Rechtstragenden, die ihre Rechte kennen und einfordern. Im Rahmen von Advocacy-Arbeit kann aber auch konfrontativ Druck erzeugt werden, um zu erreichen, dass Pflichtenträgende ihren Verpflichtungen nachkommen.

Ursachen und Auswirkungen von Kinderrechtsverletzungen sind meist sehr komplex und können nicht von einzelnen Akteur*innen im Alleingang gelöst werden. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur*innen in Netzwerken, z.B. bei global angelegten Kampagnen, unabdingbar. Weltweit versuchen zahlreiche Kinderrechtsorganisationen mit ihrer Advocacy-Arbeit und den VN-Menschenrechtsinstrumenten (wie dem Staatenberichtsverfahren der KRK, dem Universal Periodic Review [UPR]² Verfahren) sowie mit der Anwendung von ähnlichen, regional genutzten



Instrumenten Staaten und andere Schlüsselakteure für die Kinderrechte und die Dringlichkeit ihrer Umsetzung zu sensibilisieren und Verantwortungsübernahme einzufordern. Nur

so können fortbestehende Rechtsverletzungen bekämpft werden, die oftmals die vier allgemeinen Prinzipien der KRK verletzen. Allerdings ist in den letzten Jahren in vielen Ländern die Tendenz zu einem zunehmend menschenrechtskritischen bis -feindlichen Diskurs seitens der politischen Entscheidungsträger*innen wahrzunehmen, der die Advocacy-Arbeit vor große Herausforderungen stellt. Sichtbar wird dies in dem sich verkleinernden Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Organisationen – unter dem Stichwort Closing und Shrinking Space bekannt. Kinderrechte dürfen jedoch keinesfalls erneut zu einer willkürlichen und freiwilligen Angelegenheit werden. Die KRK hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Kinderrechte eine primäre Verantwortung der 196 VN-Vertragsstaaten, die sie ratifiziert haben, sind. Das erfordert und impliziert auch, dass sich die Haltung von Erwachsenen gegenüber Kindern ändern muss, sodass ihnen in den verschiedenen Lebenskontexten auf Augenhöhe begegnet wird und Kinder als Rechteinhaber ernst genommen werden. Dies erfordert sowohl bei den politischen Akteur*innen als auch bei den Praktiker*innen eine konsequent kinderrechtsbasierte Arbeit(sweise). Kinder müssen an den für ihr Leben relevanten Belangen stärker beteiligt werden, ganz nach der Devise: „Nothing about us – without us!“

Bild oben: Jugendliche bei der Erarbeitung einer Petition auf einer Kindernothilfe-Jugendkonferenz

² Auf Deutsch: Allgemeines periodisches Überprüfungsverfahren; ein Instrument, das 2007 eingeführt wurde, in dem sich alle UN-Mitgliedsstaaten gegenseitig auf ihre Menschenrechtssituation überprüfen.

4 Das Advocacy-Verständnis der Kindernothilfe

Die Kindernothilfe hat ihre konzeptionelle Grundlage für Advocacy-Arbeit zu einer systematischen und wirkungsorientierten Arbeitsweise weiterentwickelt. Diese beruht auf der Annahme, dass eine verstärkte Abstimmung unter allen Akteur*innen ein effektives Ineinandergreifen aller Advocacy-Aktivitäten befördert: sowohl die Programm-, Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsstellen als auch die Programmarbeit der Partnerorganisationen in den Partnerländern der Kindernothilfe. Entsprechend hat die Kindernothilfe folgende Vision für ihre Advocacy-Arbeit entworfen:

Advocacy-Vision der Kindernothilfe

Die Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe trägt zur Beseitigung der strukturellen Ursachen von Kinderrechtsverletzungen bei. Sie ist ein integraler Bestandteil der kinderrechtsbasierten Programm- und Projektarbeit der Kindernothilfe, die dafür angemessene Ressourcen im In- und Ausland einsetzt. Die Kindernothilfe und ihre Partnerorganisationen sind vernetzt und nehmen mutig politischen Einfluss auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Die Kindernothilfe fördert Advocacy-Arbeit mit Beteiligung von Kindern und ihren Familien und orientiert sich dabei an den thematischen Schwerpunkten der Länderprogramme. Diese Schwerpunkte bringt die Kindernothilfe in einen Zusammenhang mit kinderrechtsrelevanten entwicklungspolitischen Themen auf nationaler sowie auf internationaler Ebene und gewinnt dadurch ein sichtbares Advocacy-Profil.

Um diese Vision in ihrer Zielsetzung gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innen umsetzen zu können und somit nachhaltig wirksamer zu werden, hat die Kindernothilfe ihr Advocacy-Verständnis folgendermaßen definiert:

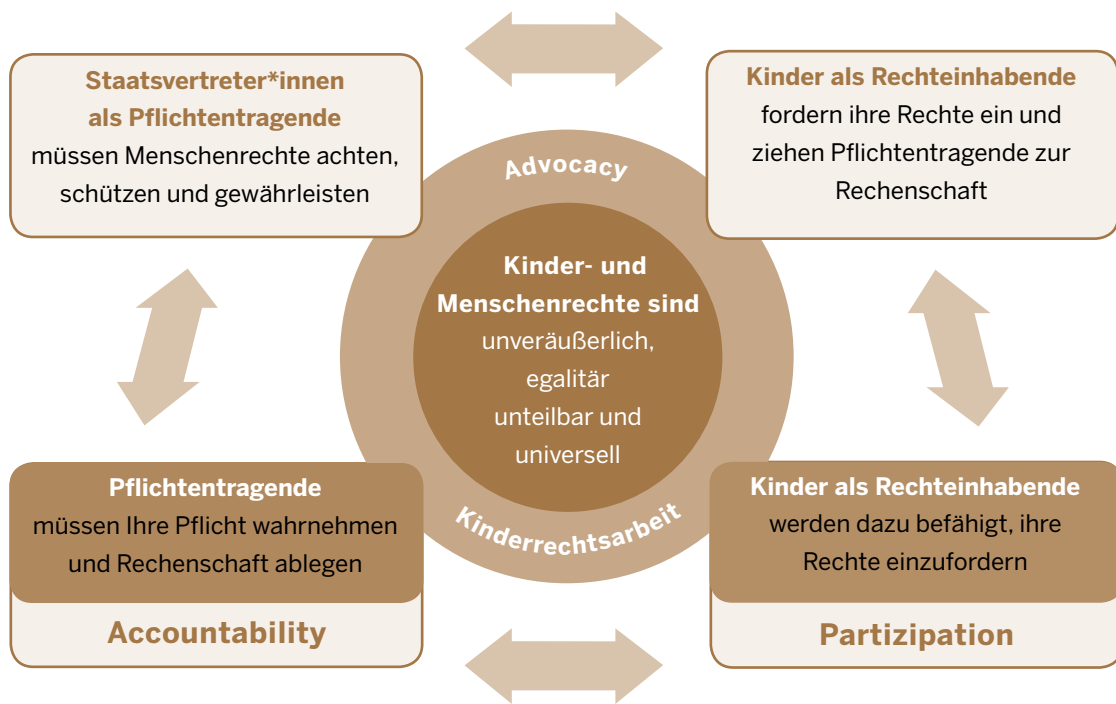
Definition des Begriffs „Advocacy“

Advocacy-Aktivitäten sind immer darauf ausgerichtet, Pflichtentragende zur Rechenschaft zu ziehen.

Advocacy im Kinderrechtskontext bezeichnet jede organisierte Aktivität, die auf eine nachhaltige Verbesserung der politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen abzielt und

- (a) bei der Kinder, Familien sowie ihre Gemeinschaften die durch die Kinderrechtskonvention garantierten Rechte in ihrer jeweiligen Lebenssituation selbst einfordern oder dabei direkt unterstützt, gestärkt und befähigt werden, oder
- (b) bei der Dritte sich stellvertretend für diese garantierten Rechte einsetzen.

Das Advocacy-Verständnis der Kindernothilfe geht grundsätzlich von der zentralen Annahme aus, dass Advocacy-Arbeit ein integraler Bestandteil von menschenrechtsbasierter Arbeit ist. Rechtsbasierte Programm- und Advocacy-Arbeit bedingen sich also gegenseitig.



Die Umsetzung des Advocacy-Verständnisses erfolgt durch den Advocacy-Zyklus. Ausgangspunkt jeglicher Arbeit ist die Kinderrechtssituationsanalyse, in der im Kontext des

jeweiligen Partnerlandes verbreitete Kinderrechtsverletzungen und ihrer Ursachen erfasst und untersucht werden und als Grundlage für die Länderstrategiepapiere dienen.



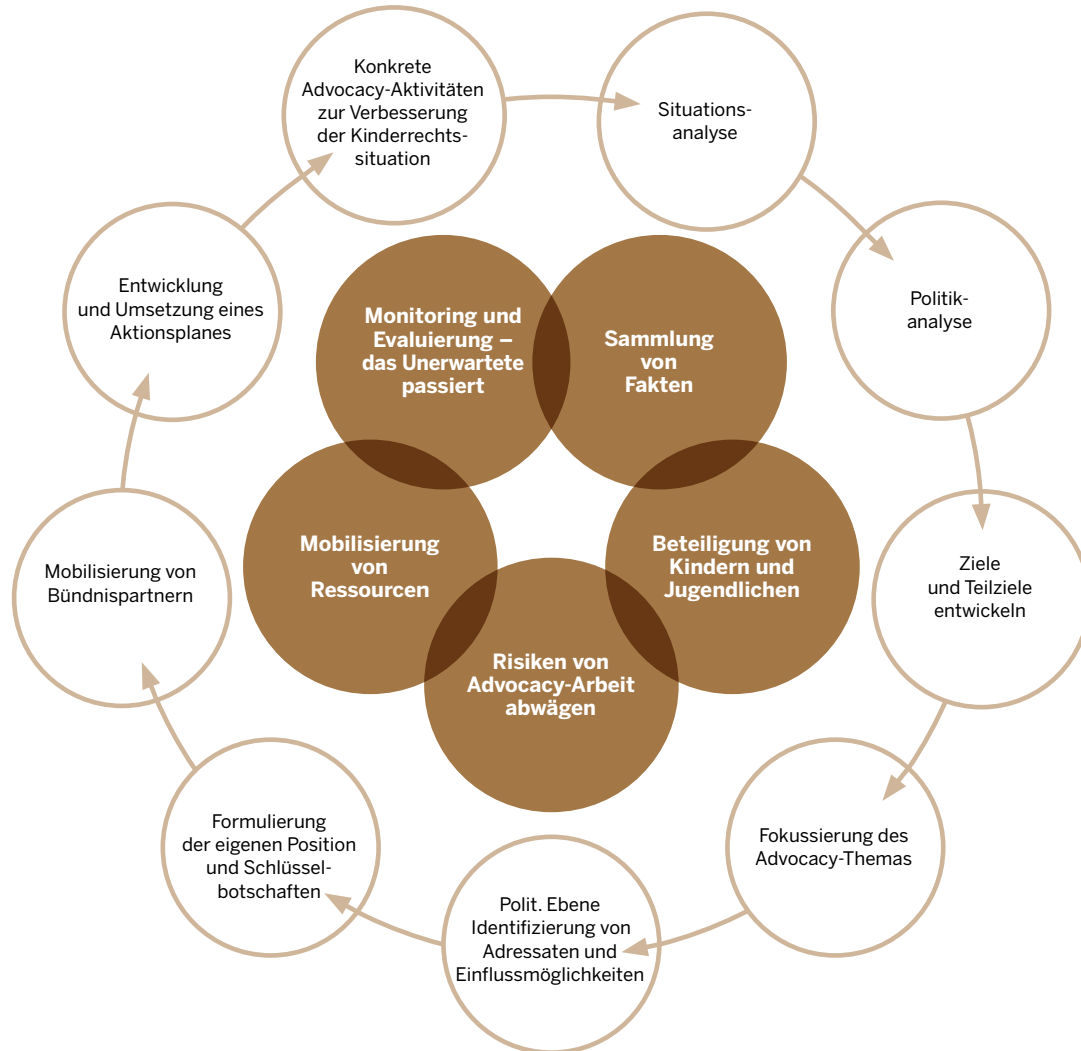
*Frauen-Selbsthilfegruppe
in Sambia*

*Kinder während der
Projektplanung bei einer
Partnerorganisation in
Indien*



Die Ergebnisse der Kinderrechtssituationsanalyse sind der Ausgangspunkt für den Advocacy-Zyklus, der seinerseits die Richtschnur für die Planung strategischer Advocacy-Arbeit von der Formulierung der Advocacy-Ziele bis hin zur Umsetzung von Advocacy-Aktivitäten ist:

Somit dient der Advocacy-Zyklus als praktisches Umsetzungsinstrument dazu, die Advocacy-Vision der Kindernotheilfe zu verwirklichen und damit systematisch zu einer nachhaltigen und wirksamen Advocacy-Arbeit beizutragen.





Kindernothilfe Beteiligung bei der Bundespressekonferenz anlässlich des Red Hand Day



Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in einem Partnerprojekt der Kindernothilfe in Guatemala

5 Die Zukunftsperspektiven für die Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe

Es bestehen weiterhin große Herausforderungen bei der Verwirklichung von Kinderrechten. Advocacy-Arbeit kann hier einen bedeutenden Beitrag leisten und ist daher auch ein zentraler Bestandteil für die gesamte Arbeit der Kindernothilfe. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie die zukünftige Advocacy-Arbeit gestaltet werden sollte, von höchster Relevanz. Ein erster Schritt dabei ist, auf bestehenden Stärken aufzubauen und Potentiale für die Advocacy-Arbeit bestmöglich zu nutzen. Eine große Stärke liegt in der Arbeitsweise der Kindernothilfe: Durch die Kindernothilfe werden lokale und unabhängige Partnerorganisationen unterstützt, die eigens konzipierte Projekte zur Verwirklichung von Kinderrechten durchführen. Durch die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen verfügen die Kindernothilfe-Strukturen dank des Erfahrungsschatzes ihrer Partner über ein großes Potential hinsichtlich der tatsächlichen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für Advocacy-Arbeit im jeweiligen Landeskontext. Um die Advocacy-Arbeit wirkungsvoller zu gestalten, ist es für die Kindernothilfe wichtig, ihre gesamte Advocacy-Arbeit mit der ihrer Partner zu verbinden, zu verstärken und wertvolle Synergien zu nutzen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Kindernothilfe im Sommer 2019 eine breit angelegte Partnerkonsultation durchgeführt, in der sämtliche Partnerorganisationen der Kindernothilfe zu ihrer Advocacy-Arbeit, ihrem eigenen Advocacy-Verständnis sowie zu den Rahmenbedingungen und den thematischen Schwerpunkten ihrer Advocacy-Arbeit befragt wurden. Die Antworten von

267 Partnern verdeutlichen das große Potential der Advocacy-Arbeit: Die Partnerorganisationen sind wie die Kindernothilfe Kinder- und Menschenrechtsorganisationen, die davon überzeugt sind, zukünftig umso mehr auf allen Ebenen vernetzte und nachhaltige Advocacy-Arbeit zu leisten.

Auf Basis der Konsultation wurden Handlungsfelder priorisiert, die Impulse für die Gestaltung der zukünftigen Advocacy-Arbeit geben:



Das Recht auf Schutz vor Gewalt ist das übergreifende Thema, welches eindeutig von den Partnerorganisationen als zentral angezeigt worden ist. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt stellt somit eine wesentliche Zukunftsherausforderung dar. Insbesondere die Themen

Kindesschutz, sexuelle Gewalt, Gewalt in Familien und Gemeinden sowie die Situation von Kindern und Jugendlichen in Krisen und Konflikten sind im Hinblick auf Kinderrechtsverletzungen von höchster Dringlichkeit.

Das Recht auf Teilhabe, das vor allem die Partizipation von Kindern und Jugendlichen beinhaltet, ist ein Thema von steigender Bedeutung. Die ernsthafte und systematische Einbindung von Kindern und Jugendlichen führt zu konkreten Handlungs- und Verbesserungsempfehlungen, die die Advocacy-Arbeit erheblich verstärken. Kinder und Jugendli-



che sind eigenständig handelnde Subjekte, die sich für ihre Rechte einsetzen, dazu müssen durch Teilhabe und Partizipation die Möglichkeiten geschaffen werden. Die Defizite im Hinblick auf Teilhabe und Partizipation sind gravierend: So können nur ein Bruchteil von Kindern

besonders in ärmeren Ländern an der digitalen Welt und den damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten teilhaben.

Die Konsultation der Partnerorganisationen zu ihrer Advocacy-Arbeit hat deutlich werden lassen, dass die dringende Notwendigkeit besteht, die **Handlungsmöglichkeiten für Kinderrechtsorganisationen** zu verbessern. Zum einen sind die Handlungsmöglichkeiten durch existierende kontextspezifische Rahmenbedingungen eingeschränkt, zum anderen besteht der Bedarf, Kapazitäten, die Advocacy-Arbeit durchzuführen, zu erhöhen.

> In vielen Staaten sind aktuelle Entwicklungen alarmierend: Bürgerschaftliche und politische Rechte, wie Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, werden zunehmend beschränkt. Das führt dazu, dass sich der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche

Organisationen verengt. Dieser **„Shrinking Space“** bzw. **„Closing Space“** ist eine gemeinsame globale Herausforderung der Zivilgesellschaft. Dabei müssen in Abhängigkeit des jeweiligen Kontextes oder Landes passgenaue Lösungen und Instrumentarien entwickelt werden, um gegen Shrinking Space vorzugehen.



Kindernothilfe bei einer "Red Hand" Aktion gegen den Einsatz von Kindersoldaten mit der Kinderkommission im Bundestag

> Die Partnerorganisationen der Kindernothilfe äußern sehr deutlich, dass nachhaltige Advocacy-Arbeit den Aus- und Aufbau von Strukturen, sogenanntes „Capacity Development“, sowie eine lebendige Netzwerkarbeit und die Entwicklung neuer Advocacy-Strategien braucht. Daher ist der Bedarf an lokaler, regionaler, nationaler und internationaler vernetzter Advocacy-Arbeit für den Austausch bis hin zu konkreten Advocacy-Aktivitäten besonders groß. Der Aufbau von langfristigen Strukturen für die Advocacy-Arbeit zu Kinderrechten macht erfolgreiche und wirkungsvolle Kinderrechtsarbeit erst möglich.

Advocacy-Handlungsfelder: „Best Practices“

Schutz vor Gewalt: IThembaLethu in Südafrika

Ziel



Bei IThembaLethu („Ich habe eine Bestimmung“) geht es darum, Kinder und Jugendliche, die durch Drogen, Missbrauch und Gewalt gefährdet sind, zu stärken und zu schützen.

Vorgehensweise

Im Township Cato Manor in Südafrika werden 2.000 Jugendliche miteinbezogen und 280 Jugendliche als Kinderschutztrainer*innen geschult. Das sogenannte „Life Skills“-Training findet in den Schulen der Jugendlichen statt. Jugendarbeiter*innen bieten Gruppenarbeiten und freiwillige Kurse an, um besonders gefährdete Jugendliche aus schwachen Familienstrukturen zu erreichen und zu schützen.

Methoden und Instrumente für die Umsetzung

Die Schulungen vermitteln Rechte und Lösungsstrategien für kritische Lebenssituationen. In den Kursen entstehen z.B. selbst-initiierte Theaterstücke, die die Lebenserfahrungen der Jugendlichen miteinbeziehen und in Sensibilisierungs- und Präventionskampagnen aufgeführt werden. Die teilnehmenden Jugendlichen entwickeln Lösungsstrategien, dazu gehört auch das Adressieren von Problemlagen an die Schulleitung, die Stadt- und Gemeindeverwaltung oder die Polizei sowie die Justiz durch Advocacy-Arbeit.

Herausforderungen

Gewalt und Missbrauch sind ein weit verbreitetes Phänomen in den Armenvierteln Südafrikas. Zusätzliche Probleme für den erfolgreichen Kinderschutz bereiten Jugendliche, die nicht teilnehmen können. Das liegt an Gründen, wie wenig mitwirkenden einzelnen Jugendlichen, Familien und manchmal auch den Lehrer*innen, die oft auch Teil oder Grund der Probleme sind.





Erfolge

Durch den Aufbau sichererer Strukturen, die Förderung von Selbstbewusstsein und Vertrauen der Jugendlichen und die Einbeziehung der Familien und Stadtverwaltung sowie anderer administrativer und politischer Strukturen verbessert sich die Situation langsam. Für viele Jugendliche bietet die Jugendschutzarbeit die Chance, sich vor Drogen, Missbrauch und Gewalt besser schützen zu können. Jugendliche werden einbezogen und tun sich zusammen, um sichere Schulwege zu bekommen und um Unterstützung durch Familienmitglieder für gefährdete Kinder einzufordern. Es wurden Drogenhändler*innen identifiziert und durch

Nennung der Täter*innen und Beteiligten vertrieben. Gewalttätige Jugendliche konnten durch Strafverfolgung und Einbeziehung reumütiger Täter*innen von weiteren Taten abgeschreckt werden. Die teilnehmenden Jugendlichen kennen nicht nur ihre Rechte besser, sie nutzen regelmäßig die Kontaktmöglichkeiten zu Vertrauenslehrer*innen und -jugendlichen, sowie zu den Sozialarbeiter*innen, um systematisch konkrete Verbesserungen in den Familien, der Schule und auf den Straßen des Townships durch ihre Advocacy- und Beratungsarbeit zu erreichen.

Politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen: It's Time to Talk! – Children's Views on Children's Work



Ziel

Das Projekt Time to Talk!, das gemeinsam mit terre des hommes umgesetzt wird, verfolgt das Ziel, arbeitende Kinder weltweit an sie betreffenden Entscheidungsprozessen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu beteiligen, indem ihre Fähigkeiten gestärkt werden, selbstgeführte Advocacy-Aktivitäten zu planen und umzusetzen.

Vorgehensweise

Die Perspektive arbeitender Kinder findet weltweit bisher nur bedingt Eingang in die politischen Entscheidungsprozesse, obwohl die Betroffenen schon seit Jahrzehnten ihr Recht auf Beteiligung einfordern. In einer weltweiten Konsultation von 1822 arbeitenden Kindern in 36 Ländern wurden Gründe für Kinderarbeit, Risiko- und Schutzfaktoren von Ausbeutung und Vorschläge zum Umgang mit der globalen Herausforderung von (ausbeuterischer) Kinderarbeit erhoben und in einem globalen Report veröffentlicht.

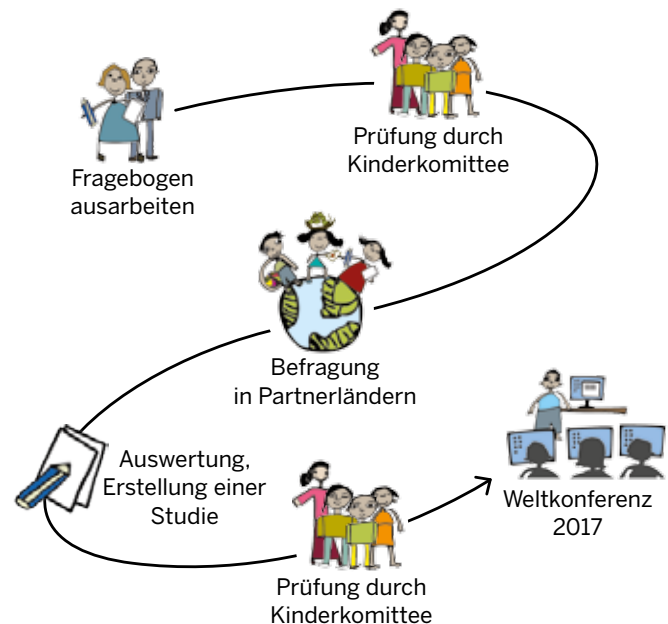
Methoden und Instrumente

Für die Konsultation der arbeitenden Kinder und Jugendlichen wurden zum einen Partizipationsmethoden entwickelt, die seitdem in der Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen angewendet werden. Zum anderen werden rund 500 arbeitende Kinder in sogenannten Kinderkomitees durch Trainings und kinderfreundliche Methoden in ihrer Rolle als Expert*innen ihrer Lebenssituation gestärkt, ihre eigene

Advocacy zu ihren drängendsten Kinderrechtsverletzungen durchzuführen.

Herausforderungen

Konsultationen bieten zwar eine wichtige Möglichkeit, um die Ansichten und Erfahrungen von Kindern zu erfragen, jedoch werden die Konsultationen in ihrer Qualität durch die kinderfreundlichen Moderationsfähigkeiten sowie von persönlichen Wertevorstellungen der moderierenden Personen beeinflusst. Die voreingetragene Kommunikation mit Kindern bleibt eine Herausforderung für ihre unabhängige Partizipation. In Bezug auf Hindernisse auf politischer Ebene haben sich hochrangige Akteure trotz anhaltender



*Kinder in Tansania
während einer
Konsultation im Rahmen
von Time to Talk!*



Bemühungen bisher noch nicht direkt mit Vertreter*innen der arbeitenden Kinder getroffen, um über die wichtigsten Botschaften und Erkenntnisse der Betroffenen zu diskutieren.

Erwachsene sind eher nicht bereit sind, eine echte Beteiligung von Kindern zu unterstützen, wenn sie der Meinung sind, dass Kinder Vorschläge machen könnten, mit denen sie als Erwachsene nicht einverstanden sind.

Erfolge

Die Advocacy-Arbeit ist ein wesentliches Element des Projekts mit dem Ziel, dass die Ansichten von arbeitenden Kindern in Entscheidungsprozessen, die sie auf verschie-

denen Ebenen betreffen, berücksichtigt werden. Die Ergebnisse des Konsultationsreports wurden in einer Nebenveranstaltung auf der IV. Weltkonferenz zur nachhaltigen Beseitigung der Kinderarbeit in Argentinien im November 2017 vorgestellt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden auch von zwei arbeitenden Kindervertreter*innen auf der Konferenz des Global Child Forums in Stockholm im April 2018 vorgestellt. Eine kinderfreundliche Version des Berichts wurde ebenfalls entwickelt und in 10 verschiedene Sprachen übersetzt, um sie den arbeitenden Kindern und ihren Stakeholdern zur Verfügung zu stellen.

Weitere Informationen: www.time-to-talk.info

Bekämpfung des „Shrinking Space“ für Kinderrechte – Instituto de Estudos Socioeconômicos (INESC) in Brasilien

Ziel

Ziel des Projektes ist es, dass die öffentlichen Ausgaben für jugendpolitische Aktivitäten steigen. Dazu nehmen Jugendliche am öffentlichen Finanzhaushaltsverfahren teil.

Vorgehensweise

Die Jugendlichen lernen Instrumente der öffentlichen Budgeterstellung und -kontrolle kennen. Gleichzeitig setzen sie sich mit ihrer eigenen Realität auseinander, z.B. in ihrem Stadtviertel, und überlegen, wo der Staat sinnvoll investieren sollte. Sie lernen u.a. Kontrollmechanismen und Methoden des Monitoring des öffentlichen Finanzhaushalts kennen. Weiterhin erfahren sie, wie sie durch parlamentarische Änderungsanträge Einfluss auf den öffentlichen Haushaltsprozess nehmen können. Die Vorschläge zur Priorisierung der für Kinder und Jugendliche wichtigen Investitionen werden dann bei öffentlichen Anhörungen oder vor Abgeordneten vorgestellt, die über Nachtragsgesetze entscheiden. Die Jugendlichen erstellen auch selbst Gesetzesentwürfe, z.B. um Kürzungen im Bereich der Jugendpolitik zu verhindern.

Methoden und Instrumente für die Umsetzung

Die Themen werden spielerisch mit partizipativen Methoden, mit Musik und Videos und in verständlicher Sprache behandelt, um den Jugendlichen die Scheu vor dem komplexen Thema zu nehmen. In ihrer Advocacy-Arbeit erstellen die Jugendlichen auch Beiträge für Medien und Materialien, um die allgemeine Bevölkerung miteinzubeziehen und aufzuklären. Diese Beiträge werden auch für den Dialog mit zuständigen Regierungsvertreter*innen genutzt, die für die Genehmigung der öffentlichen Gelder zuständig sind. Wenn

andere Möglichkeiten ausgeschöpft sind, veranstalten die Jugendlichen Demonstrationen, um mehr Druck auf die Regierung aufzubauen, damit die Investitionen in die Jugendpolitik wirklich gesteigert werden.

Herausforderungen

Ein Problem ist, dass Kinder und Jugendliche oft nicht als eigenständige Rechteinhabende anerkannt werden, dadurch unsichtbar bleiben und in öffentlichen Diskussionen kaum



vorkommen. Weiterhin erschwert die mangelnde Transparenz in Bezug auf die Vergabe von Geldern das Monitoring des öffentlichen Finanzhaushalts. Ein signifikantes zusätzliches Risiko stellt Shrinking Space dar.

Friedliche Demonstrationen und Versammlungen werden zunehmend mit Gewalt durch die Staatsgewalt aufgelöst. Weiterhin laufen die Jugendlichen Gefahr, von Erwachsenen unter Druck gesetzt zu werden, um zu ihren Gunsten Einfluss auszuüben.

Erfolge

Kinder und Jugendliche werden als eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten wahrgenommen. Bislang wurden bereits 20 der Änderungsvorschläge, die von Jugendlichen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft erarbeitet wurden, für Gesetze im Zeitraum 2018 – 2021 angenommen. Dadurch konnten konkrete jugendpolitische Aktivitäten finanziert werden, die die Lebenssituation von Jugendlichen verbessern.



Jugendpolitische Aktivitäten werden durch spielerische Methoden aufgelockert



Kinder und Jugendliche diskutieren einen Haushaltsplan anhand einer kinderfreundlichen Darstellung

Kapazitätsentwicklung für Advocacy-Arbeit: Umsetzung kinderfreundlicher Rechtssysteme in Simbabwe



Ziel

Simbabwe weist einige innovative Strukturen zur Verwirklichung von Kinderrechten auf. Es existiert ein offizielles Parlament, das aus 300 Jugendlichen besteht und Teil des nationalen politischen Systems ist. Sie werden landesweit als Delegierte von allen Schulkindern gewählt und berichten dem Parlament über kinderrechtsrelevante Themen und fordern Verantwortung ein. Ziel ist es, diese

landesspezifischen Kinderrechtsmechanismen zu fördern und zu stärken.

Vorgehensweise

Inhalte des Projektes sind unter anderem Sensibilisierungskampagnen in Gemeinden über die Verfassung und Kinderschutzgesetze. Darüber hinaus werden erwachsene Gemeindemitglieder zu Rechtsanwaltsfachangestellten ausgebildet, sodass sie langfristig Rechtsdienstleistungen in einfachen Fällen anbieten können. Darüber hinaus werden die existierenden Kinderrechts- und Kindeschutzstrukturen gestärkt.

Methoden und Instrumente

In sogenannten Kinderrechtsforen, bzw. Clubs, z.B. in Schulen oder Kinderzentren setzen sich Kinder und Jugendliche für Fragen des Kinderschutzes ein und werden von Rechtsanwaltsfachangestellten und Lehrer*innen unterstützt. Neben den Kinderrechteclubs werden durch Kinder geleitete Kindeschutzkomitees (Child Protection Committees - CPC) gegründet. Das sind gemeindebasierte Ausschüsse, die

Kinderschutzprobleme identifizieren und diese mit der Unterstützung von Erwachsenen und relevanten verantwortlichen Stellen der Regierung angehen. Die CPC's arbeiten auch mit den Kinderrechtsclubs zusammen und verstärken deren Kinderschutzinitiativen. Darüber hinaus vernetzen sich die Kinderrechteclubs und die CPC mit Verantwortlichen in der Region und den sie vertretenden jugendlichen Parlamentarier*innen, um diese bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Herausforderungen

Viele Kinder und Jugendlichen werden durch ihre Familien nicht unterstützt, sich in den genannten Foren einzubringen, unter anderem auch weil das Engagement nicht ernst genommen wird. Darüber hinaus fehlt es an Möglichkeiten, alle Kinder zu erreichen: Vor allem bei Kindern, die keine Schule besuchen, sowie Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist die Teilnahme besonders erschwert.

Erfolge

Kinderrechte in der Verfassung sind ein wichtiger Meilenstein für das Bewusstsein und die Umsetzung von Kinderrechtsinitiativen. Durch die Möglichkeit für Kinder, sich mit Entscheidungsträger*innen zu vernetzen und sie zu beeinflussen, haben Kinderrechtethemen eine stärkere Sichtbarkeit und Relevanz erhalten. Das führt zu konkreten Verbesserungen und das Kinderschutzengagement zeigt Wirkung: Durch die Arbeit der Kinderschutzinitiativen ist in vielen Gemeinden mittlerweile eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber Kindesmissbrauch entstanden. Dadurch sind die Meldungen von Fällen von Kindesmissbrauch häufiger geworden. Kinderrechtsverletzer*innen wurden abgeschreckt, in dem sie zur Verantwortung gezogen wurden.



6 Ausblick



Podiumsdiskussion mit der Education Cannot Wait Direktorin Yasmine Sherif und der Beteiligung der Kindernothilfe

Die Ursachen und Auswirkungen von Kinderrechtsverletzungen sind komplex und können nicht von einzelnen Akteuren gelöst werden. Das macht in Zukunft die Zusammenarbeit, z.B. in Advocacy-Netzwerken, auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene unabdingbar. Dabei haben globale Trends einen zunehmenden Einfluss auf die zukünftige Advocacy-Arbeit und die Kinderrechtsarbeit wird stark von den Folgen der Globalisierung geprägt. Diese sind unter anderem die Zunahme von Ungleichheit, Digitalisierung, Urbanisierung, demographische Entwicklungen und auch der Klimawandel. Diese Entwicklungen haben starken Bezug zu Kindern und den Möglichkeiten, ihre Rechte zu verwirklichen. Die Kindernothilfe muss sich in ihrer Advocacy-Arbeit diesen Herausforderungen stellen. Extreme Ungleichheit fördert zum Beispiel Armut und vor allem Gewalt. Der fehlende Zugang von Jugendlichen zu einer digitalisierten

Welt trägt zum Verlust von Entwicklungschancen für Kinder genauso bei wie die Folgen des Klimawandels, z.B. durch extreme Wetterereignisse und Dürren, wie auch die Zunahme von Hunger und Krankheiten, Flucht oder Migration. Den Folgen der rasanten Urbanisierung für Kinderrechte hat die Kindernothilfe die weltweite Advocacy-Kampagne (<https://www.kindernothilfe.de/keinkinderspiel.html>) zum Schutz von Kindern vor Gewalt gewidmet. Die Kindernothilfe und ihre Partnerorganisationen müssen in ihrer Arbeit diese Herausforderungen angehen.

Diese Dimensionen beeinflussen ganz erheblich die Entwicklung künftiger gemeinsamer Strategien der Advocacy-Arbeit, die in Absprache mit den Partnern agil an die jeweilige Kinderrechtssituation im spezifischen Kontext angepasst werden. Manche Strategien können lokal, manche national, andere nur international erfolversprechend angegangen werden. Dafür ist die gemeinsame Abstimmung und Auswahl des geeigneten Instrumentariums oder der besten Bündnispartner*innen besonders wichtig.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen: In Krisen und Konflikten haben Kinder und Jugendliche oftmals keinen oder unzureichenden Zugang zu qualitativ wertvoller Bildung. Die Kindernothilfe unterstützt zum einen lokale Partnerorganisationen dabei, den Zugang zu Bildungsangeboten für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu erleichtern, sowie sich durch Advocacy-Arbeit für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Zum anderen werden die Anstrengungen der lokalen Partnerorganisationen durch die Kindernothilfe auf nationaler Ebene in Deutschland und auf

internationaler Ebene unterstützt, bspw. durch das Engagement für die Stärkung internationaler Initiativen wie „Education cannot wait“, die Bildung in Krisen- und Konfliktsituationen bereitstellt. Es werden Synergien geschaffen, die sich auf den jeweiligen Ebenen systematisch ergänzen und abgestimmte Kinderrechtsinitiativen beinhalten.

Was sind die Steuerungsinstrumente der Politik und der Kinderrechtsorganisationen, um Kinderrechte besser angesichts der globalen Trends zu verwirklichen?

Die **Agenda 2030** mit ihren nachhaltigen Entwicklungszielen und dem „Leave no one behind“ – Menschenrechtsgrundsatz muss konsequent umgesetzt werden. Niemanden zurückzulassen bedeutet, die Verletzlichsten in der Gesellschaft wie Kinder zu priorisieren und jegliche Unterstützung zuerst den Schwächsten zukommen zu lassen. Das führt zu zielgerichteten Investitionen in Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche. Dafür braucht es politischen Willen und für eine langfristige Transformation der bestehenden Strukturen eine global getragene Finanzierungsgrundlage. Die Verbesserungen der Grundbedürfnisse durch Armutsbekämpfung, Bildungs- und Gesundheitsinvestition können schon einige Erfolge zur Verwirklichung von Kinderrechten beitragen. Es braucht noch mehr Bewusstsein und Spielräume für die Entwicklung der politischen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen. Denn nur durch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die sie betreffenden Zukunftsaufgaben können Gesetze und Investitionen zielgenau umgesetzt werden.

Neue Technologien müssen systematisch für die Verwirklichung von Kinderrechten genutzt werden. **Digitalisierung** ist eine Chance. Allerdings sind aktuell 340 Millionen Jugendliche weltweit (2018) von den Möglichkeiten der Digitalisierung ausgeschlossen. Der fehlende Zugang verhindert die Teilhabe zur Verwirklichung von Kinderrechten und zur besseren Lebensentwicklung. Neue Medien werden zunehmend für Bildung, Gesundheitsvorsorge und als Bankersatz für den Zahlungsverkehr genutzt. Informations- und Lernmöglichkeiten durch soziale Medien erreichen immer mehr Menschen. Kinder und Jugendliche wachsen mit diesen Möglichkeiten auf. Weltweit flächendeckendes Internet und Zugang zu Smartphones sind eine entscheidende Notwendigkeit, um besonders Kindern und Jugendlichen in ländlichen, armen oder unsicheren Teilen der Welt eine Teilhabe an den positiven Entwicklungen und eine Beteiligung an der Mitwirkung einer vernetzten Kinderrechtsarbeit zu sichern.



Computer- und Internetschulungen in einem Projekt in Thailand



Extreme Ungleichheit ist ein menschenrechtliches Problem und führt zu Armut und Gewalt. Kinder in marginalisierten Bevölkerungsgruppen wie Minderheiten, Kinder mit Behinderungen und Mädchen sind besonders betroffen. Erkennbar sind die Kinderrechtsverletzungen an vielen Indikatoren: Durch eine höhere Kindersterblichkeit, ein geringeres Familieneinkommen mit den Folgen der schlechteren Ernährung und Bildungsmöglichkeiten und nicht zuletzt dem fehlenden Zugang zu lebensentscheidenden Entwick-

lungschancen. Die Agenda 2030 setzt nicht nur beim ausdrücklichen Ziel 10, Ungleichheit verringern, sondern in fast allen ihrer Ziele daran an. Zum Beispiel das Ziel 5, Gleichstellung von Frauen: Hier ist weiterhin extremer Handlungsbedarf, um gleiche Zugangsmöglichkeiten zu schaffen und Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu verhindern. Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung von nationalen und internationalen Initiativen, wie der UN-Resolution 1325 zu Gewalt gegen Frauen, muss

von mehr Staaten mitgetragen werden. Positive Entwicklungen müssen mehr Förderung erfahren, um weitere Staaten zum Hinterfragen der eigenen Politik und zu eigenem Engagement zu motivieren. Stärkung von Mädchen durch Schutz gegen Gewalt und negative Kinderrechtsverletzungen, wie Frühverheiratung oder Beschneidung und bessere Entwicklungsmöglichkeiten durch Bildungs-, Gesundheitsförderung und Armutsbekämpfung sind wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Gleichstellung. Vorbilder sind Mädchen und Frauen in Führungspositionen. Ihr Anteil ist ein Erfolgsindikator und diese starken Frauen sind selbst Schlüsselpersonen für Verbesserungen, die sich oft gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung auch für andere einsetzen.

Regierungsverantwortung spielt eine entscheidende Rolle. Angesichts von populistischen menschenrechtsfeindlichen Bewegungen sind vorbildliche Regierungen, die eine Vorreiterrolle für Kinderrechte auf nationaler und internationaler Ebene einnehmen, entscheidend für die Verwirklichung von Kinderrechten. Positive Trends für die Übernahme von Verantwortung für die Priorisierung von Kinderrechten sind in dem Engagement vieler Regierungen durch bessere Kinderrechtsgesetzgebungen und -verpflichtungen, wie in Malawi, Kenia, Zimbabwe, Indien und vor allem Nepal



Austausch eines Bundestagabgeordneten mit Mitarbeitenden der Kindernotheilfe

erkennbar. Eigene Anstrengungen durch die deutliche Steigerung der Ausgaben vor allem für Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung machen die Chancen deutlich, wie wirkungsvoll verantwortliches Regierungshandeln Kinderrechte besser verwirklichen lässt. Nur wenn die Mehrheit der Regierungen versteht, dass nur mit der Verwirklichung von Kinderrechten eine Generation von Verantwortung übernehmenden Kindern und Jugendlichen entstehen kann, können die globalen Trends entwicklungsfördernd gesteuert und die Welt zukunftsfähig gestaltet werden. Wirtschaftlich stärkere Staaten müssen dabei mehr globale Verantwortung übernehmen und ihr Engagement für Kinderrechte von der Wirkung her messbar und nachvollziehbar steigern. Die Zunahme unsicherer Lebensbedingungen und von Konflikten sind das Risiko, alle Entwicklungschancen für aktuell 1,5 Milliarden Menschen zu zerstören. Besonders hier wird sich entscheiden, ob verantwortliche Regierungen es durch gemeinsame politische Anstrengungen schaffen, Gewalt und Unsicherheit zu reduzieren.

Mitarbeitende der Kindernotheilfe im Gespräch mit Mitgliedern des Bundestags



7 Handlungsempfehlungen für die Verwirklichung von Kinderrechten

Was können Parlamentarier*innen tun?

Kinderrechte durchsetzen benötigt politischen Willen und angemessene Ressourcen.

1. Kinderrechte brauchen mehr Priorität, beispielsweise in bilateralen Regierungsverhandlungen. Empfehlungen des Ausschusses für die Rechte des Kindes müssen in die Strategieentwicklung und Prioritätensetzung für Partnerländer bei der Ressourcenallokation und in bi- und multilaterale Abkommen eingehen.

2. Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen: Gewaltprävention und politische Konfliktlösung müssen dauerhaft höchste politische Priorität genießen. Nationale und internationale Aktionsprogramme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen müssen umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche müssen auch vor Gefahren u.a. im Kontext von staatlichen Projekten und Programmen geschützt werden. Hierfür bedarf es Standards wie einer Kinderschutz-Policy. Statt die Einführung, wie im Aktionsplan angekündigt, nur zu prüfen, sollte das BMZ und die von ihm beauftragten Durchführungsorganisationen schnellstmöglich eine Kinderschutz-Policy verpflichtend etablieren, um eine Vorbildfunktion für andere Akteure einzunehmen.

3. Kein Shrinking Space für Kinderrechtsverteidiger*innen!

Kinder und Kinderrechtsorganisationen brauchen Handlungsspielräume. Wenn einzelne Staaten Spielräume einengen,

müssen verantwortungsbewusste Staaten Instrumente der Kinderrechtsorganisationen zum Schutz und zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der Kinderrechtsverteidiger*innen mehr unterstützen.

4. Recht auf Teilhabe für Kinder und Jugendliche verwirklichen. Digitalisierung ist durch die Steigerung des Zugangs zum Internet mit entwicklungsnotwendigen Kinderrechts-Informationen und Handlungsmöglichkeiten ein zentrales Mittel. Für besonders verletzte Bevölkerungsgruppen, wie Kinder und Jugendliche, muss es Förderprogramme und bezahlbare Zugangsmöglichkeiten geben. Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden und gesetzlich verpflichtend zu allen Themen, die sie betreffen, informiert und entscheidend miteinbezogen werden.

5. Nachhaltige Kapazitätsentwicklung für mehr Handlungsmöglichkeiten zur Umsetzung von Kinderrechten braucht eine angemessene Finanzierungsgrundlage. Für die Umsetzung der Finanzierung von Kinderrechten und Kinderrechtsaufgaben der Agenda 2030 ist das Erreichen der Finanzierungszusagen von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) notwendig. Das war bisher nur 2016 und nur wegen der Anrechnungsmöglichkeit der OECD-Kriterien der in Deutschland entstandenen Kosten für Geflüchtete

möglich. Kinderrechte fördernde Mittel kommen zu wenig dort an, wo sie dringend benötigt werden.

6. Wirksamkeit und Transparenz der Kinderrechtsinvestitionen: Weltweit müssen die Aktivitäten zur Verwirklichung von Kinderrechten nachvollziehbar und messbar werden, um bessere, zielgerichtete Ergebnisse besonders für die Verwundbarsten der Zielgruppen zu erreichen. In Deutschland würde die Einführung eines Policy Markers für Kinderrechte im Programm- und Projektmanagement des BMZ den Einsatz staatlicher Mittel erkennbar und die Wirkung messbar machen.

Weitere Handlungsempfehlungen für Kinderrechtsengagierte

1. Recht auf Schutz vor Gewalt. Kinderrechtsorganisationen müssen nach Artikel 19 der Kinderrechtskonvention Vorbildfunktion beim Kinderschutz übernehmen und den Schutz von Kindern vor Gewalt in ihrer Programm- und Advocacy-Arbeit in den Mittelpunkt stellen.

2. Recht auf Teilhabe. Kinder und Jugendliche müssen nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung von Kinderrechten spielen können. Für eine sinnvolle Teilhabe müssen Kinder über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten informiert sein und ihre Initiativen und Fähigkeiten, sich für Kinderrechte einzusetzen, müssen systematisch unterstützt werden.

3. Handlungsspielräume für Kinderrechtsorganisationen stärken. Kinderrechtsorganisationen und Kinderrechtsverteidiger*innen brauchen angesichts von Shrinking oder Closing Space ein sensibles Instrumentarium, um inhaltlich und von lokaler, nationaler oder internationaler Ebene her flexibel und für Kinderrechte wirkungsvoll und arbeitsfähig zu bleiben und Verantwortliche zu kinderrechtsorientiertem Handeln zu bewegen.

Um die zunehmenden Zukunftsaufgaben für die Verwirklichung von Kinderrechten bewältigen zu können, braucht es weltweit flächendeckende Kinderrechtsstrukturen. Für die Nachhaltigkeit der Advocacy-Arbeit für Kinderrechte weltweit müssen Kinderrechtsorganisationen Ressourcen zur Kapazitätsentwicklung zur Verfügung stellen. Diese ermöglichen den Ausbau der Basis durch Hinzugewinnung von Engagierten, ein gemeinsames Lernen und einen verstärkten

Austausch durch den Aufbau und die Weiterentwicklung von Expertise und Netzwerken und Bündnissen für eine erfolgreiche Advocacy-Arbeit für Kinderrechte.

Politische Aktion vor dem Brandenburger Tor gegen Shrinking Space



Advocacy-Konsultation

aller Partner und Länderstrukturen der Kindernothilfe 2019

Ergebnisse der Konsultation in Zahlen:

- > 74 % aller 366 Partner beteiligten sich
- > 77% arbeiten in Advocacy-Netzwerken
- > 79% verzeichnen Advocacy-Erfolge
- > 44% nutzen globale Menschenrechtsinstrumente
- > 94% wollen nachhaltig Kinderrechtsstrukturen verbessern
- > 92% für gemeinsame Kampagnen mit der Kindernothilfe

Welche Herausforderungen gibt es?

- > Kohärente Advocacy-Strategien lokal, regional, national und international
- > Ressourcen für Advocacy fehlen (77%)
- > Shrinking und Closing Space: Bürokratische Hindernisse und politische Repression

Was wird bereits umgesetzt?

- > Wichtigste Instrumente: Gemeinsame Kampagnen (89%) und Netzwerke (87%)
- > Hauptformen der Teilhabe von Kindern:
 - Konsultation: 68%
 - Aktive Mitwirkung: 66%
 - Kindgeführte Advocacy Tätigkeiten: 58%

Priorisierung wichtiger Themen

- > Kinderrechte 93%
- > Kinderschutz 85% und Schutz vor Gewalt 79%
- > Recht auf Teilhabe 79%
- > Recht auf Bildung 73%
- > Schutz vor Kinderarbeit 52%

Was wird geplant?

- > Advocacy-Initiativen zu:
 - Schutz vor Gewalt
 - Politischen Teilhabe von Kindern
 - Ausbau von Advocacy-Kapazitäten und Netzwerken von lokaler bis globaler Ebene mit Handlungsfähigkeit trotz Shrinking und Closing Space



Im Gespräch mit Kindernothilfe-Partnern in Kenia



**kinder
not
hilfe**

Kindernothilfe. Gemeinsam wirken.